

Er will jetzt nicht jubeln, nicht groß reden und für ein Foto posieren. Robert Zion, der Mann, der gerade die Grünen-Spitze um Bütikofer und Roth sowie die Fraktionsführer Künast und Kuhn mächtig düpiert hat, will einfach nur weg, raus aus der Lokhalle, aus Göttingen, nur aus der Partei, aus der will er keinesfalls mehr. Kurze Interviews gibt er, drei, vier Fragen, unsicher reibt er sich vor einer ARD-Kamera mit der Hand am Hals und sagt, als Sieger oder Revolutionär sehe er sich jedenfalls nicht. Dabei forderte er mit seinem Antrag A-05neu eine Abkehr von der Afghanistanpolitik des Altvorsorderen Joschka Fischer und mahnte die Abgeordneten, sich im Bundestag bei der bevorstehenden Abstimmung über das gekoppelte ISAF-Tornado-Mandat zumindest zu enthalten.

Bei den Grünen ist Robert Zion ein linker, und so gibt er sich auch: die Haare kraus, der Nadelstreifenanzug ungebügelt, am Revers ein Attac-Zeichen; Zion ist 41 Jahre, studierter Philosoph. Er war bisher ein fast Unbekannter, der es gerade mal geschafft hat, sich in Gelsenkirchen zum umweltpolitischen Sprecher aufzuschwingen; für Außenpolitik interessierte er sich weniger als für Sozial- und Wirtschaftspolitik. Und so einer wagt es mit einer gewieften, zwölfminütigen Rede, dem Vorstand die größte Krise beizubringen und ihm zu zeigen, wie sehr er sich von der Basis entfremdet hat. Nach vier Stunden Debatte und gut 40 Redebeiträgen verkündete am vergangenen Samstag um 17:23 Uhr eine reichlich bleiche Präsidentin des Sonderparteitages fast tonlos das Votum der Delegierten – 264 Stimmen für den Antrag des Vorstandes, 361 für den von Zion.

Es ist das erste Mal, dass der Vorstand so herb gescheitert ist und nicht wenige springen auf, klatschen, fallen sich in die Arme und reden von »Befreiung« und davon, dass jetzt die »Dinge wieder zurechtgerückt« würden, dass es mehr Debatten über Kriegseinsätze gebe und Argumente entscheidender seien als Charisma. So gesehen ist Göttingen ein Abschied von Rostock, wo sich 2001 die Pazifisten stritten und den Realos unterlagen; es ist aber auch eine Rückkehr zum Beschluss des Parteitag von Köln im vergangenen Jahr. Dieser forderte, dass Kampfeinsätze nicht ausgeweitet werden sollen und die ISAF-Strategie geändert werden müsse. So pauschal wollten sich dem im März die 26 Tornado-Befürworter nicht anschließen und stimmten mit der Regierung, Tornados seien ja keine Waffen.

In NRW hatte das Desaster für die Parteispitze begonnen: Als erster forderte der dortige Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel deren Rücktritt. Er überzog und verließ die Partei. Da warb Robert Zion aber bereits für einen Sonderparteitag, weil er den Köln-Beschluss verletzt sah, die Basisdemokratie missachtet und den Pazifismus angeschlagen. An seinem Antrag schrieben Basisgrüne aus Münster, Eisenach, Hagen und Hessen mit.

Bütikofer war bald gewarnt. Völlig unüblich meldete sich dieser bei Kreisverbänden und wollte mit Charme, Verve und Witz wieder die Basis einfangen. Die aber tobte. Dass es gelang, die erforderlichen zehn Prozent al-

Dirk Friedrich Schneider

## Zion zündete, Bütikofer zürnte

SONDERPARTEITAG DER GRÜNEN ■ In Göttingen schärfen Pazifisten und Basisdemokraten wieder das Oppositionsprofil ihrer Partei



»Welche Bundesregierung würde sich unter Druck gesetzt fühlen, wenn die Opposition immer für ihre Politik stimmt«, fragte Robert Zion – und führte damit die Grünen auf einen neuen Afghanistankurs

ler Kreisverbände auf einen Sonderparteitag einzuschwören, lag vor allem an linken Verbänden in NRW, Niedersachsen und Berlin, die auch in Göttingen dominieren.

In der Lokhalle präsentiert Reinhard Bütikofer den Antrag des Vorstandes: Er schwitzt, schimpft auf Merkel, die endlich einen Strategiewechsel einleiten sollte, und fordert ein Ende der militärischen Operation *Enduring Freedom*. Aber das alles ist ohnehin Konsens. Dann hebt er den Finger und ruft: »Afghanistan aufgeben, ist keine Alternative«; jeder Abgeordnete solle so votieren, wie es das Gewissen verlange. Applaus, vor allem von Delegierten aus Hessen. Bütikofer setzt sich, wischt sich Schweiß von Stirn und Brille; er will jetzt nicht angeherzt werden, auch nicht von Claudia Roth. Er ist angespannt.

Doch Bütikofer hat starke Verteidiger: Ralf Fücks, der eloquente Chef der Böll-Stiftung, flät sich hinter Rednerpult, Renate Künast steht stramm, Fritz Kuhn schaut gequält, Thea Dückert auch, Anna Lührmann weiß, wie Außenpolitik gemacht wird, und Hans-Joachim Preuß, der Generalsekretär der Welthungerhilfe, wird nach der Rede heftigst von Claudia Roth geknuddelt. Warum nur?

Sie alle argumentieren ähnlich: Luftaufklärung sei notwendig, damit der Wiederaufbau geschützt werde; sie warnen vor Oppositionsreflexen und billigem Nein-Sagen und meinen, die Grünen seien wichtig für die Hegemonie in der Debatte, sie erinnern an das Leid der Frauen und daran, dass die UNO unterstützt werden müsse. Applaus. Aber niemand ist euphorisiert.

Helmut Kramer

## Luxus-Wohnen am Lietzensee

VERDIENEN STATT ERINNERN ■ Die Entsorgung des ehemaligen Reichskriegsgerichtes in Berlin

Für das Unrechtssystem der NS-Justiz stehen neben vielen kleineren und mittleren Kammern vorrangig die zwei höchsten Gerichte des III. Reiches, die beide in Berlin aburteilten: Der Volksgerichtshof, dessen Gebäude an der Bellevuestraße im Zweiten Weltkrieg total zerstört wurde, und das Reichskriegsgericht, das in der Charlottenburger Witzlebenstraße in einem Anfang des 20. Jahrhunderts als Reichsmilitärgericht errichteten Gebäude residierte. Neben dem einstigen Reichsgericht in Leipzig findet sich hier die bundesweit wichtigste Erinnerungsstätte zur NS-Justiz.

Der im Wilhelminischen Stil errichtete Prachtbau war unversehrt geblieben – jedenfalls galt das noch vor einem Jahr. In seinen Mauern fielen Richter allein zwischen 1939 und 1945 etwa 1.400 Todesurteile – gegen den Widerstand in Deutschland (unter anderem Mitglieder der »Roten Kapelle«) und den besetzten Ländern, gegen so genannte Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer.

Etwas Tolles, Repräsentatives

Es hätte nahe gelegen, dort eine – in der Bundesrepublik beschämender Weise noch immer fehlende – Gedenk- und Dokumentationsstätte einzurichten und an die erbarungslose Wehrmachts- wie mörderische NS-Justiz überhaupt zu erinnern. Es hätte nahe gelegen, damit auch die jämmerliche Art der Aufarbeitung in den Jahrzehnten nach 1945 auszuweisen. Ein Angebot gab es mit der jüngst auf den Weg gebrachten Wanderausstellung zur NS-Militärjustiz, für die es sonst keine dauerhafte Unterbringung gibt. Dafür jedoch erschien dem Eigentümer – der Bundesvermögensverwaltung – und der Stadt Berlin ein solch historischer Ort offenbar als ungeeignet. Man suchte nicht nach Gedenken oder Respekt, sondern nach wirtschaftlich lukrativer Verwertung. »Hier muss doch was gehen: Irgend etwas Tolles, Repräsentatives«, rief der Berliner *Tagesspiegel* –

und die Berliner Behörden folgten brav dem begeisterten Vorsänger und den Begehrlichkeiten der auf neue Vermögensanlagen bedachten Investoren.

Kaum nachvollziehbar willigte auch die Denkmalschutzbehörde ein und ließ anfängliche Bedenken fallen, so dass einem Verkauf des Gebäudes an die holländische Investmentgruppe allod Immobilien- und Verwertungsgesellschaft nichts mehr im Wege stand. Man konnte damit beginnen, für gut betuchte Bürger mehr als 100 »Schlosslofts« – sprich: luxuriöse Mietwohnungen – einzubauen und das Gebäude bis zur Unkenntlichkeit zu verändern. Zwischendecken und Galerien wurden eingezogen, Treppenhaus und Flure getäfelt – Gerichtssäle, in denen einst Menschen ihre letzte Hoffnung auf Gnade aufgeben mussten, sollen bald als komfortable Wohnsalons dienen, ergänzt durch wie Schwalbennester anmutende Bäder und Schlafräume. Schon im November werden erste Mieter ins »Atrion« – so der künftige Name – einziehen.

Gegenüber einer informierten Öffentlichkeit wären derart rigide Eingriffe in die Innenarchitektur eines geschichtsbeladenen Baus kaum durchsetzbar gewesen, doch eine solche Öffentlichkeit gab es nie. Die Berliner Presse wahrte Stillschweigen, als wollte sie den Deal nicht stören.

Ein guter Abschluss

Allein der *Tagesspiegel* hatte erkannt, dass es im Sog der Privatisierung nun auch historischer Bauwerke mehr auf Gewinnmaximierung denn auf Denkmalschutz ankommt. Als mit fortschreitendem Innenausbau vollendete Tatsachen geschaffen waren, schien dem Blatt die Zeit reif für die angemessene Berichterstattung. Allerdings widmete man sich mitnichten dem Konflikt zwischen Erinnerungskultur und kommerziellen Begehren, sondern rührte die Werbetrommel für die prächtigen Lofts. Unter Anpreisung

Während die Fachpolitiker und Tornado-ablehner Winfried Nachtwei und Jürgen Trittin ans Pult treten, redet sich Daniel Cohn-Bendit vor Journalisten warm. Als Nachtwei die Friedensdemonstrationen, in Berlin begrüßt, mault Cohn-Bendit: »Ja, ja, ich begrüße, was redet der da nur?« Über Trittin sagt er: »Jürgen hat die Partei mit seiner Rede in den Bauch getroffen, aber er traut sich nicht, sie zu führen.« Tatsächlich poltert Trittin enorm, wirbelt wild mit den Armen, verurteilt die Tornados (»75 Millionen Euro für was?«), wirbt für ISAF, aber er laviert und zeigt damit, wie uneinig sich die Diadochen in Fraktion und Partei sind.

Daniel Cohn-Bendit gibt auf der Bühne den Überzeugungstäter: Ja zu ISAF, Ja zu den Tornados, Ja zu mehr Militär! Eine verwegene Position, die ihm »Buhs« einbringt. Aber, meint er, die Realität lasse sich nicht wegbugen. Es ist, als wolle er die Partei über den rechten Flügel aufwiegeln, um so den Delegierten die letztlich schwache Position des Vorstandes schmackhafter zu machen. Er übertreibt, als er ins Mikrofon säuselt: »Ich kann ja verstehen, dass ihr Angst habt.« So etwas bringt selbst Realos gegen ihn auf.

Robert Zion hat da schon seine Rede gehalten.

Daniel Cohn-Bendit übertreibt, als er ins Mikrofon säuselt: »Ich kann ja verstehen, dass ihr Angst habt.« So etwas bringt selbst Realos gegen ihn auf

ten: Er kannte sie auswendig, schaute ins Publikum, sprach mal laut, mal beschwörend und einmal zu Bütikofer, der eine Weile aufschaute – und sich dann einen Kaffee bei Trittin holte. Was Zion forderte, orientierte sich strikt am Kölner Beschluss: Nein zu OEF, Nein zu den Tornados, Ja zu einer neuen, zivilen Strategie für ISAF; von Ausstieg redete er nicht. So lange es keine neue Strategie gebe, müsse man ablehnen dürfen. »Welche Bundesregierung würde sich unter Druck gesetzt fühlen, wenn die Opposition immer für ihre Politik stimmt?« Das zündete, traf die Basis in den Bauch und riss sie mit.

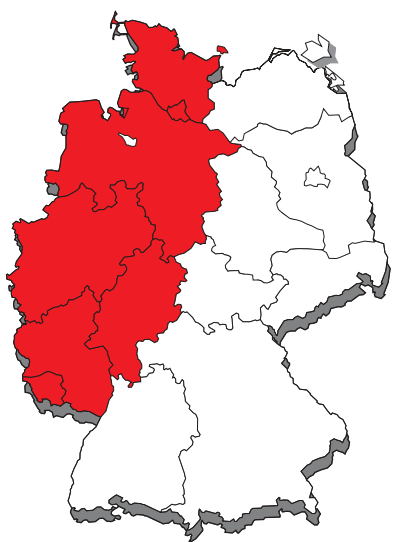
Plötzlich ist alles vorbei – keine Änderungsanträge mehr und keinen extra Ruffel für Parteichef Bütikofer. Vor der Halle sammeln sich die, die sich wohl nicht als die größten Verlierer sehen: Winfried Nachtwei scherzt, Jürgen Trittin spricht mit dem Handy, Christian Ströbele und Winfried Hermann streunen umher, Volker Beck ist auch da – und Robert Zion zieht an einer Selbstgedrehten, den Koffer zur Abfahrt bereit in der Hand. Er will weg – und landet dann doch in einer Kneipe. ■

Anzeige

Neue Serie

### »Im Westen was Neues« Die neue Serie im ND.

Jetzt immer mittwochs und samstags:  
Neues über DIE LINKE. im Westen



22.9. Hamburg  
26.9. Hessen  
29.9. Rheinland-Pfalz  
6.10. Baden-Württemberg

Interessante Hintergrundberichte, engagiert linke Positionen, Fakten und Personen zum Aufbau der Partei DIE LINKE. im Westen

Ich will wissen, was es Neues im Westen gibt –  
Neues Deutschland 14 Tage lang kostenlos:

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, Unterschrift Auftraggeber \_\_\_\_\_

Die Belieferung endet automatisch.

(DM-FA-PO-PRFR)

Bitte senden Sie den Coupon an:

Neues Deutschland, Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin, oder per Fax (030) 2978-1630

Neues Deutschland

Druck von Links.

s. auch Norbert Haase, *Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft*. Berlin 1993